

Antworten der Parteien auf die Abfrage der Wahlprüfsteine für die Landtagswahl Baden-Württemberg 2026

Der Landesverband der Bildenden Künstlerinnen und Künstler Baden-Württemberg hat am 05.02.2026 eine Abfrage per E-mail an alle antretenden Parteien gesendet. In der folgenden Tabelle haben wir die Antworten gesammelt um einen leichten Vergleich zu ermöglichen.

Wir haben die Parteien gebeten ihre kultur- und berufspolitischen Ziele und Maßnahmen im Hinblick auf die Situation bildender Künstler*innen in Baden-Württemberg bis zum 25.02. Zeit darzulegen.

Die Antworten wurden unverändert in die Tabelle eingefügt und sind ebenso im Original als PDF auf unserer Webseite einsehbar. <https://www.bbk-landesverband-bw.de/>

	DieLinke BW	FDP BW	CDU BW	Bündnis Grüne BW	SPD BW	AFD BW
geantwortet am	06.02.2026	17.02.2026	24.02.2026	25.02.2026	keine Rückmeldung	keine Rückmeldung
Soziale Absicherung und faire Arbeitsbedingungen (z. B. Honorare, Ausstellungsvergütungen, soziale Sicherung, Altersvorsorge)	<p>Mindesthonorare und Ausstellungsvergütung: Wir setzen uns auf Bundesebene für verbindliche Mindeststandards bei der Honorierung freier Kunst- und Kulturarbeit ein. Explizit fordern wir eine rechtlich abgesicherte Ausstellungsvergütung für bildende Künstler*innen. Öffentliche Fördermittel sollen künftig an die Einhaltung sozialer Standards und angemessener Vergütungen geknüpft werden.</p> <p>Stärkung der Künstlersozialkasse (KSK): Die KSK ist essenziell. Wir wollen sie für weitere Berufsgruppen öffnen und den Bundeszuschuss erhöhen, um die Abgabesätze stabil zu halten. Zudem fordern wir eine dauerhafte Anhebung der Verdienstobergrenze für nicht-künstlerische Nebentätigkeiten.</p> <p>Soziale Absicherung: Wir streben eine Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzlichen Sozialversicherungen an (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung), um auch unstetig Beschäftigte und Solo-Selbstständige besser abzusichern. Um Altersarmut zu verhindern, die gerade Kulturschaffende oft betrifft, wollen wir eine Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro einführen.</p>	<p>Viele Bildende Künstlerinnen und Künstler arbeiten selbstständig und unter oft prekären Bedingungen. Wir setzen uns deshalb für faire Honorare und transparente Vergütungsmodelle ein, insbesondere dort, wo öffentliche Auftraggeber oder öffentlich geförderte Einrichtungen beteiligt sind – etwa bei Ausstellungen oder Kunst-am-Bau-Projekten. Ziel ist es, die Einhaltung bestehender Honorarleitlinien zu stärken, ohne neue starre Vorgaben einzuführen, die der Vielfalt künstlerischer Arbeitsweisen nicht gerecht würden. Bei der sozialen Absicherung unterstützen wir tragfähige Lösungen innerhalb der bestehenden Systeme, etwa durch die Künstlersozialversicherung, und setzen uns auf Bundesebene für eine bürokratiearme Ausgestaltung sozialer Sicherung für Selbstständige ein.</p>	<p>Aus Sicht der CDU ist eine starke kulturelle Bildung ohne gut abgesicherte Künstlerinnen und Künstler nicht denkbar. Zentral ist dabei zunächst die soziale Absicherung. Wir bekennen uns zur Künstlersozialversicherung als unverzichtbare Grundlage für selbstständig tätige Künstlerinnen und Künstler.</p> <p>Darüber hinaus verfolgen wir das Ziel, im außerschulischen Kulturbereich mehr dauerhafte Beschäftigungsperspektiven zu ermöglichen. Statt einer einseitigen Abhängigkeit von kurzfristigen Projektförderungen sollen kulturelle Einrichtungen verlässlicher finanziert werden, so dass sozialversicherungspflichtige Stellen entstehen können. Zudem können durch eine bessere Vernetzung von Kultur, Jugendhilfe und Bildung - etwa im Ganztags oder der frühkindlichen Bildung - Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen, die zugleich gesellschaftlichen Mehrwert schaffen.</p> <p>Ferner setzen wir auf gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Künstlerinnen und Künstler. Dazu gehören weniger Bürokratie, verlässliche Förderinstrumente und die Stärkung der Kreativwirtschaft als wichtiger Teil der mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur des Landes – sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum.</p>	<p>Wir GRÜNEN setzen uns für eine starke, unabhängige und zukunftsfähige Kunstszene in Baden-Württemberg ein. Kunstfreiheit ist ein zentraler Wert unseres Landes, und wir wollen sicherstellen, dass professionelle Künstlerinnen und Künstler verlässliche Rahmenbedingungen, faire Honorare und gesicherte Fördermöglichkeiten erhalten. Unser Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, die kulturelle Infrastruktur zu stärken und die Kunst- und Kulturschaffenden aktiv in politische Entscheidungen einzubeziehen.</p> <p>Angemessene Honorare und transparente Vergütungsstandards sind zentrale Voraussetzungen für professionelle künstlerische Arbeit. Wo das Land fördert, sollen Honorare verbindlich berücksichtigt werden. Auch Ausstellungsvergütungen wollen wir stärken, um projektbezogene Arbeit besser abzusichern. Die soziale Sicherung, insbesondere über die Altersvorsorge durch die Künstlersozialkasse, ist bundesrechtlich geregelt. Auf Landesebene geht es darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, die kontinuierliche Erwerbsbiografien ermöglichen, etwa durch faire Förderpraxis, Planungssicherheit und transparente Verfahren.</p>	keine Rückmeldung	keine Rückmeldung
Förderstrukturen und Finanzierung (Ankaufsetats, Kunst am Bau, Projektförderungen, Stipendien, Auslandsstipendien, Atelierförderungen, Transparenz und Zugänglichkeit von Förderprogrammen)	<p>Kultur für alle: Wir wollen freien Zugang zu öffentlichen Kulturangeboten für Menschen mit geringem Einkommen schaffen, damit kulturelle Teilhabe unabhängig vom sozio-ökonomischen Hintergrund möglich ist.</p> <p>Stärkung der Infrastruktur: Wir wollen die kulturelle Infrastruktur auch im ländlichen Raum erhalten und fördern.</p> <p>Finanzierung: Kulturförderung sollte eine Pflichtaufgabe werden. Wir fordern, dass Bund, Länder und Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass sie Kulturförderung verlässlich betreiben können. Um dies zu finanzieren, setzen wir uns für die Wiedereinführung der Vermögensteuer ein, deren Einnahmen den Bundesländern zustünden.</p> <p>Räume für Kunst: Angesichts steigender Mieten ist der Erhalt von Ateliers und Arbeitsräumen essenziell. Wir wollen spekulativen Leerstand bekämpfen und setzen uns für bezahlbares Wohnen und Arbeiten ein. Auf Bundesebene unterstützen wir die Schaffung von „Kulturschutzgebieten“ in Städten, um Verdrängung zu verhindern.</p>	<p>Die FDP spricht sich für klare, transparente und verlässliche Förderstrukturen aus. Bewährte Instrumente wie Projektförderungen, Stipendien, Atelierförderungen, Auslandsstipendien, Ankaufsetats oder Kunst-am-Bau-Programme wollen wir erhalten und dort weiterentwickeln, wo sie nachweislich wirken. Wichtig ist uns dabei, dass Förderprogramme zugänglich, verständlich und schlank organisiert sind, damit sie auch für freischaffende Künstlerinnen und Künstler realistisch nutzbar bleiben. Neue Förderprogramme sehen wir nicht als Selbstzweck; vielmehr geht es darum, vorhandene Mittel wirksam einzusetzen und Doppelstrukturen zu vermeiden.</p>	<p>Die Kulturlandschaft ein zentraler Bestandteil unserer Bildungs- und Erinnerungsarbeit sowie der regionalen Identität. Wir stehen für eine verlässliche und zugleich verantwortungsbewusste Förderpolitik. Nach der Landtagswahl wollen wir bestehende Förderprogramme des Landes dort fortführen, wo sie sich als wirksam und nachhaltig erwiesen haben. Grundlage dafür ist eine regelmäßige Evaluation der Programme hinsichtlich ihrer Wirkung, Effizienz und Praxistauglichkeit. Fördermittel sollen qualitätsorientiert und mit Blick auf langfristigen Nutzen eingesetzt werden. Wo sich Verbesserungsbedarf zeigt, befürworten wir eine Weiterentwicklung statt eines bloßen Fortbestands.</p> <p>Uns ist wichtig, dass Förderung nicht nur kurzfristige Projekte ermöglicht, sondern auch institutionelle Stabilität schafft. Deshalb setzen wir uns für eine strukturelle und institutionelle Förderung ein, die Planungssicherheit, professionelle Arbeit und langfristige Entwicklung erlaubt. Projektbezogene Förderungen können ein wichtiges Instrument für neue Impulse sein, sollen aber sinnvoll in längerfristige Förderstrategien eingebettet sein.</p>	<p>Baden-Württemberg verfügt über eine differenzierte Förderlandschaft für die Bildende Kunst. Sie umfasst direkte Künstlerförderung, institutionelle Unterstützung, Projektmittel, Preise sowie nationale und internationale Austauschprogramme. Die Ankaufspolitik des Landes unterstützt Künstlerinnen und Künstler direkt und stärkt zugleich öffentliche Sammlungen. Residenz- und Austauschprogramme, etwa an der Akademie Schloss Solitude oder den Ateliers der Cité internationale des arts, bieten Freiräume für konzentriertes Arbeiten und internationale Vernetzung. Kooperationen mit Einrichtungen wie dem Goethe-Institut Barcelona oder dem Hangar Barcelona fördern die internationale Präsenz baden-württembergischer Künstlerinnen und Künstler.</p> <p>Staatliche Kunsthochschulen wie die Akademie der Bildenden Künste Stuttgart, die Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe und die HfG Karlsruhe erhalten Landesmittel als zentrale Ausbildungsorte für professionellen Nachwuchs. Weitere Institutionen, darunter Kunstvereine, Museen, die Kunststiftung Baden-Württemberg und das Kunstbüro Baden-Württemberg, werden ebenfalls gefördert. Transparenz und Zugänglichkeit von Förderprogrammen sind entscheidend, damit professionelle Künstlerinnen und Künstler ihre Möglichkeiten tatsächlich nutzen können.</p>		
Kulturelle Infrastruktur im Land (Unterstützung kommunaler und freier Kunstorste, Erhalt und Ausbau von Produktions- und Ausstellungsräumen sowie von Ateliers, Zusammenarbeit und Unterstützung der Berufsverbände auf Landes Ebene)		<p>Eine lebendige Kunstszene braucht Räume. Die FDP setzt sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung kommunaler und freier Kunstorste, von Ateliers, Produktions- und Ausstellungsräumen ein. Dabei kommt den Kommunen eine zentrale Rolle zu. Wir wollen ihre finanziellen Handlungsspielräume stärken, damit sie kulturelle Infrastruktur vor Ort eigenverantwortlich sichern können. Zugleich sehen wir die Zusammenarbeit mit Berufsverbänden wie dem Landesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler als wichtigen Bestandteil einer praxisnahen Kulturpolitik und unterstützen einen regelmäßigen Austausch auf Landesebene.</p>	<p>Wir stehen auch in finanziell schwierigen Zeiten zu unserer Verantwortung für Kunst, Kultur und kulturelle Bildung und halten die Förderzusagen stabil. Insbesondere bei gemeinsam von Land und Kommunen getragenen Einrichtungen sorgen wir für Planungssicherheit, indem Finanzierungsanteile nicht kurzfristig gekürzt werden, selbst wenn Kommunen ihre Zuschüsse vorübergehend reduzieren müssen. Damit wird verhindert, dass bewährte Strukturen der kulturellen Bildung wegbrechen. Gleichzeitig ist es unser Ziel, die kommunale Finanzkraft insgesamt zu stärken, damit Städte und Gemeinden auch weiterhin freiwillige Leistungen wie kulturelle Bildungsangebote erbringen können. Nur handlungsfähige Kommunen können kulturelle Vielfalt vor Ort dauerhaft sichern.</p> <p>Unser Anspruch ist es, kommunale und freie Kunst- und Kulturorte verlässlich zu unterstützen. Kultur entsteht vor Ort – in Theatern, Musikschulen, Ateliers und Projekträumen. Deshalb setzen wir uns für eine solide und planbare Finanzierung ein. Gerade im ländlichen Raum ist kulturelle Infrastruktur ein entscheidender Standortfaktor und trägt wesentlich zur Lebensqualität, Identität und Attraktivität der Regionen bei.</p> <p>Gemeinsam mit Kommunen, Landkreisen und privaten Partnern wollen wir Lösungen entwickeln, um bezahlbare Räume für Kunst- und Kulturschaffende zu sichern und neue Räume zu erschließen, etwa durch Umnutzung bestehender Gebäude oder durch kulturelle Zwischenutzung. Dabei setzen wir auf Kooperation statt Bürokratie und auf pragmatische Förderinstrumente.</p>	<p>Für Produktions- und Ausstellungsräume sowie Ateliers tragen vor allem die Kommunen Verantwortung. Viele Städte und Gemeinden stehen unter finanziellem Druck. Wir GRÜNEN unterstützen handlungsfähige Kommunen, damit sie freie Kunstorste und Initiativen verlässlich fördern können. Die Zusammenarbeit mit Berufsverbänden auf Landesebene ist ein zentraler Bestandteil kulturpolitischer Praxis. Die Expertise professionell arbeitender Künstlerinnen und Künstler fließt systematisch in die Entscheidungsprozesse ein.</p>		
Kulturelle Bildung und Vermittlung (Zusammenarbeit und Förderung staatlicher Kunst-Hochschulen und Kunstakademien, sowie weiteren Bildungseinrichtungen)	nicht beantwortet	<p>Die FDP misst der kulturellen Bildung große Bedeutung bei. Kunsthochschulen und Kunstakademien sind zentrale Orte der Ausbildung, der künstlerischen Entwicklung und des Transfers in die Gesellschaft. Wir setzen uns für ihre Autonomie, Qualität und internationale Anschlussfähigkeit ein. Darüber hinaus unterstützen wir Kooperationen zwischen Künstlerinnen und Künstlern, Hochschulen, Schulen, Museen und weiteren Bildungseinrichtungen, um Kunst und künstlerische Praxis auch außerhalb akademischer Räume erfahrbar zu machen.</p>	<p>Aus Sicht der CDU ist kulturelle Bildung ein zentraler Bestandteil ganzheitlicher Bildung. Sie ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Schulen, Kultureinrichtungen, Vereinen und Zivilgesellschaft erfordert. Unser Ziel ist es, bestehende Strukturen besser zu vernetzen und - wenn möglich - auch zu koordinieren.</p> <p>Ein Ziel der CDU ist es, den Landesverband Kunstschulen BW und die Kunstschulen weiterhin verlässlich zu unterstützen. Die Landesförderung soll im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten auf 15 % der Kosten für das pädagogische Personal nach §10 Abs. 1 JBiG erhöht und der Fördersatz im JBiG verankert werden. Wir prüfen die Förderung von Kunstschulinitiativen, um das kulturelle Angebot in der Fläche des Landes zu stärken.</p> <p>Die CDU sieht im Landesprogramm „Kulturschule Baden-Württemberg“ mit den beiden Förderlinien „Kulturelle Schulentwicklung“ und „Lernen mit den Künsten“ einen wichtigen Beitrag zur Förderung des chancengerechten Zugangs von Kindern und Jugendlichen zu Kunst und Kultur und einer ganzheitlichen Bildung.</p> <p>Die CDU begrüßt die Kooperation von Kindergärten und Schulen mit außerschulischen Bildungspartnern. Sie befürwortet die Beibehaltung und – in Abhängigkeit der haushalterischen Gesamtsituation - eine Aufstockung der Kooperationsmittel. Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung hat die CDU eine Betriebskostenfinanzierung von 68% für kommunale Betreuungsangebote eingebracht, die jahrgangsweise mit dem Rechtsanspruch aufwächst. Sie befürwortet die Umsetzung kommunaler Koordinierungsstellen Ganztags und Betreuung, damit Grundschulleitungen entlastet und außerschulische Partner gelingend eingebunden werden. Zu beraten ist, wie die Bildungsarbeit der Kunstschulen im Rahmen des schulgesetzlichen Ganztags auskömmlich finanziert werden kann, bspw. mit einer spezifischen Vergütungspauschale.</p>	<p>Staatliche Kunsthochschulen, wie die Akademien in Stuttgart und Karlsruhe sowie die HfG Karlsruhe, sind nicht nur Ausbildungsorte, sondern auch Orte für künstlerische Experimente und Innovation. Kooperationen zwischen Hochschulen, freier Szene und weiteren Bildungseinrichtungen ermöglichen Praxiserfahrung, Wissenstransfer und neue Vermittlungsformate. Programme wie der Innovationsfonds Kunst, Projektförderungen und das Landesprogramm „Kulturschule Baden-Württemberg“ unterstützen Projekte in Schulen und kulturellen Bildungsinstitutionen und tragen zur langfristigen Sicherung kultureller Bildung bei.</p> <p>Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass auch in Ganztagschulen künstlerische Fächer im Unterricht angeboten werden. Dabei sollen externe Lehrkräfte und freie Künstlerinnen und Künstler die Möglichkeit haben, Unterricht zu gestalten, damit Schülerinnen und Schüler praxisnahe und vielfältige künstlerische Erfahrungen machen können. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass im Rahmen des verpflichtenden Ganztags außerschulische Kooperationspartner*innen pädagogische Angebote aus der Bildenden Kunst anbieten können und hierbei auch fair vergütet werden. Darüber hinaus wollen wir den Doppel-Fördervorbehalt bei Landesförderungen für den Bereich der kulturellen Bildung abschaffen.</p>		
Mitbestimmung und Beteiligung von professionell arbeitenden Künstler*innen an kulturpolitischen Entscheidungsprozessen auf Landes- und kommunaler Ebene (z.B. Kunst am Bau)	nicht beantwortet	<p>Kulturpolitische Entscheidungen profitieren von fachlicher Expertise. Die FDP spricht sich dafür aus, professionell arbeitende Künstlerinnen und Künstler stärker in beratende Prozesse einzubeziehen, etwa bei Jürs, Beiräten oder bei der Ausgestaltung von Programmen wie Kunst am Bau. Dabei setzen wir auf transparente Verfahren und klare Zuständigkeiten. Beteiligung verstehen wir als Dialog auf Augenhöhe – nicht als politische Vereinnahmung. Insgesamt verfolgt die FDP Baden-Württemberg eine Kulturpolitik, die künstlerische Freiheit schützt. Eigenverantwortung stärkt und verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Unser Ziel ist es, dass Bildende Künstlerinnen und Künstler im Land unter fairen Bedingungen arbeiten können, ohne dass Kunst durch übermäßige Regulierung oder inhaltliche Vorgaben eingeengt wird.</p>	<p>Professionell arbeitende Künstlerinnen und Künstler sind zentrale Akteure unseres kulturellen Lebens. Deshalb setzen wir uns für eine angemessene Mitbestimmung und Beteiligung an kulturpolitischen Entscheidungsprozessen auf Landes- wie auch auf kommunaler Ebene ein. Wir stehen für einen verlässlichen Dialog zwischen Politik und Kunstszene. Dabei spielen die Berufs- und Fachverbände eine wichtige Rolle als Ansprechpartner und Multiplikatoren. Ihre Expertise sollte frühzeitig in Entscheidungsprozesse einfließen. Ziel ist es, Entscheidungen praxisnah, transparent und auch im Sinne der künstlerischen Qualität zu treffen.</p>	<p>Wir GRÜNEN befürworten eine frühzeitige und verbindliche Einbindung professionell arbeitender Künstlerinnen und Künstler in kulturpolitische Prozesse. Anhörungen, Fachgespräche und Beteiligungsverfahren berücksichtigen Erfahrungen aus der künstlerischen Praxis systematisch. Auch der direkte Austausch mit Abgeordneten ist ein zentraler Bestandteil demokratischer Mitwirkung. Das Instrument „Kunst am Bau“ unterstützen wir ausdrücklich. Es verbindet Architektur und Bildende Kunst, schafft dauerhafte Präsenz im öffentlichen Raum und eröffnet Wettbewerbs- und Auftragsmöglichkeiten. Transparente Verfahren, fachkundige Jürs und faire Honorierung sind dabei Voraussetzung.</p>		
Eigene Punkte	<p>Gleichstellung und Diversität Wir kämpfen gegen den Gender Pay Gap und den Gender Show Gap in der Kunst:</p> <p>– Geschlechtergerechtigkeit: Bei der Vergabe von Fördermitteln müssen soziale Standards, Geschlechtergerechtigkeit und Diversität als Kriterien etabliert werden.</p> <p>– Sichtbarkeit: Wir setzen uns dafür ein, dass Jürs und Gremien paritätisch besetzt werden und Diskriminierung bei der Förderpraxis abgebaut wird.</p> <p>Kooperation und Rechtliches – Kooperationsverbot beenden: Wir wollen das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung und Kultur aufheben, um Kultur als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz zu verankern. Dies würde eine stetigere Finanzierung durch den Bund ermöglichen.</p> <p>– Urheberrecht: Wir wollen die Verhandlungsposition von Urheber*innen stärken, damit angemessene Vergütungen auch im digitalen Zeitalter durchgesetzt werden können. Zusammenfassend steht Die Linke für eine Kulturpolitik, die die soziale Lage der Kulturschaffenden ins Zentrum rückt und Kunst nicht dem Markt überlässt, sondern als öffentliches Gut fördert.</p>					